

Veranstaltungsbericht

Podiumsdiskussion „Erinnern an die Vergangenheit und Mahnen für die Zukunft“

11. März 2013 | 18.00 Uhr | Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Wie sollte ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland gestaltet werden und wem soll es gewidmet sein? Welche Funktion kann und soll es erfüllen? Diesen Fragen war am 11. März 2013 eine Podiumsdiskussion gewidmet, zu der die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zusammen mit der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) sowie der Zeitschrift „der stacheldraht“ eingeladen hatte.

In ihrer Begrüßung betonte Anita Goßler, Vorstandsmitglied der UOKG, dass ein künftiges Mahnmal nicht nur an eine bestimmte Gruppe, sondern an alle Verfolgten der kommunistischen Diktatur von 1945 bis 1989 erinnern sollte. Sie dankte zudem allen bisherigen Förderern und Unterstützern des Mahnmal-Projektes.

In ihrem Einführungsvortrag zeigte die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung Dr. Anna Kaminsky anhand verschiedenster Denkmäler, wie das Gedenken an die Opfer der Diktaturen in anderen ehemals kommunistisch beherrschten Staaten gestaltet worden ist. In Europa seien vielfältige bauliche Spuren der diktatorischen Vergangenheit zu finden. So seien Monumentalbauten, wie der stalinistisch geprägte Kulturpalast in Warschau, aber auch die mit einem 150 Meter hohen Kreuz versehene Grabanlage des faschistischen Diktators Francisco Franco, markante Symbole für die jeweilige Diktatur und die damit verbundene Unterjochung der Bevölkerung. Von der Berliner Mauer als einstigem „weltbekanntem Symbol für die Unmenschlichkeit sozialistischer Regime“ sei hingegen kaum noch etwas zu sehen.

Nach dem Niedergang der kommunistischen Regime in Mittel-Osteuropa habe sich ein neuer nationaler Erinnerungskanon etabliert. Öffentlich sichtbare Zeichen kommunistischer Diktaturen, wie Statuen oder Straßennamen, seien entfernt bzw. umbenannt worden. Gleichzeitig habe eine Reaktivierung nationaler und religiöser Symbole stattgefunden, die nach der Tabuisierung durch die kommunistischen Regime nun den öffentlichen Raum beherrschen. Zudem habe eine nachholende Memorialisierung eingesetzt, so dass seit dem Umbruch etwa 5.000 Denkmäler sowie einige Gedenkstätten und Museen entstanden seien. Sie würden in der Mehrzahl jedoch an konkrete Verbrechen erinnern, zum Beispiel an das Massaker von Katyn. Dem Gedenken an Widerstand und Opposition sowie die Aufstände gegen die kommunistischen Diktaturen seien dagegen wesentlich weniger Stätten gewidmet. In Erinnerung an die Niederschlagung der ungarischen Revolution 1956 gäbe es beispielsweise 150 Denkmäler.

Dr. Anna Kaminsky resümierte, dass sich die vorhandenen Denkmäler auf Ereignisse, Personen oder Orte bezögen, die „im nationalen Erinnerungskanon einen großen Platz einnehmen“. Sie hätten großen emotionalen, moralischen und symbolischen Charakter sowie einen hohen Identifikationswert. Sie machte jedoch auch deut-

lich, dass trotz der bereits entstandenen Erinnerungslandschaft noch nicht auf ein homogenes kollektives Gedächtnis geschlossen werden könne. Einerseits bestünden nebeneinander existierende Erinnerungen und Bewertungen, andererseits wüsste die Mehrheit der Bevölkerung oftmals nichts von vorhandenen Denkmälern. Die mit einem zentralen Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur verbundenen Fragen seien deshalb an diesem Abend zu diskutieren.

Bei der anschließenden von Sven-Felix Kellerhoff, leitender Redakteur der Tageszeitung DIE WELT, moderierten Podiumsdiskussion waren sich die Diskutanten einig, dass eine solche Gedenkstätte an einem prominenten öffentlichen Ort entstehen müsse. Darüber hinaus wurden jedoch andere wesentliche Diskussionspunkte deutlich.

Zunächst stellte sich die Frage, wem das Mahnmal gewidmet sein solle, also wie weit oder eng der Opferbegriff gefasst werden sollte. Der Bundesvorsitzende der UOKG Rainer Wagner legte Wert darauf, dass sich mit einem zentralen Mahnmal auch diejenigen Opfer der kommunistischen Diktatur identifizieren können müssten, die sich in anderen Denkmälern bisher nicht wieder finden würden. Als Beispiele nannte er hier u.a. die Gruppen der Zwangsadoptierten, der zur Zwangsarbeit nach Russland verschleppten Frauen oder auch derjenigen, die in Ausbildung und Beruf Diskriminierung erleben und erleiden mussten. Zwar stünden die Opfer politischer Verfolgung im Vordergrund, doch auch Menschen, die auf unterschiedliche Weise Widerstand leisteten, sollten mit dem Mahnmal gewürdigt werden. Demgegenüber plädierte Prof. Dr. Bernd Faulenbach, stellvertretender ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung, für einen enger gefassten Opferbegriff. Sei dieser zu weit gefasst, bestünde die Gefahr der Unübersichtlichkeit. Während allein die Todes- und Inhaftierungsoffer des kommunistischen Regimes eine große, klar definierbare Gruppe darstellten, würde die Einbeziehung von Widerständlern und Oppositionellen neue Fragen aufwerfen. Schließlich seien nicht alle Akteure des Widerstandes verhaftet worden. Dem pflichtete auch Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Parlamentarische Staatssekretärin a.D. und Vorstandsmitglied der „Aktion Gemeinsinn“, bei. Ein weiter Begriff mache die Gestaltung des Denkmals schwierig, so dass man für „den Widerstand“ besser eine gesonderte Form des Gedenkens finden solle.

Eng mit der Frage nach der Funktion eines solchen Mahnmals war die Diskussion um dessen Bezeichnung verknüpft. Der Journalist Christoph Dieckmann stellte heraus, dass zunächst geklärt werden müsse, ob ein Denkmal oder ein Mahnmal entstehen solle. Gelte es beispielsweise, Geschichte zu erzählen, die sonst in Vergessenheit gerate, eine bestimmte Geschichtsdeutung zu manifestieren oder Empathie zu erzeugen? Prof. Faulenbach plädierte für die Bezeichnung „Denkmal“. Es solle durch sein Eigengewicht die selbstständige Auseinandersetzung mit dem „historischen Tatbestand“ fördern und zum Denken anregen. Währenddessen sei ein „Mahnmal“ häufig auf eine politische Botschaft verengt. Gegen eine indirekt mahnende Funktion sei nichts einzuwenden. Rainer Wagner betonte, dass man sich noch mitten im Gesprächsprozess befände und somit auch die Diskussion um die Bezeichnung noch nicht abgeschlossen sei. Im Moment tendiere er jedoch zum Mahn-

malsbegriff. Denn eine wesentliche Rolle solle das Mahnen der deutschen Politik und Gesellschaft spielen, sich nicht wieder auf ein sozialistisches Experiment einzulassen, welches zahlreiche Opfer gefordert hat. Konsens herrschte darüber, dass eine konkurrierende Erinnerung im Hinblick auf das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur zu vermeiden sei.

In der anschließenden Publikumsdiskussion sprach sich Markus Meckel, ehrenamtlicher Stiftungsratsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung, für einen allgemein gefassten Opferbegriff aus, der sich nicht nur auf bestimmte Opfergruppen konzentrieren solle. Er pflichtete jedoch Prof. Faulenbach und Dr. Sonntag-Wolgast bei, auf keinen Fall eine Vermischung mit der Erinnerung an Opposition und Widerstand vorzunehmen und mahnte zur Vorsicht hinsichtlich der Dimensionen eines Denkmals. Mit der Umfunktionierung der Neuen Wache in Berlin brachte Markus Meckel außerdem eine Idee für einen möglichen Standort ein.

Staatssekretär a.D. Stephan Hillsberg betonte, dass der Sinn eines Denkmals darin liege, Erinnerungen zu wecken, Geschichten zu erzählen sowie Mitgefühl und Empathie mit denjenigen zu erzeugen, die Opfer dieses Regimes geworden seien. Er plädierte für eine Gedenkstätte, die die Opfer ins Zentrum stellt und dabei auch diejenigen bedenkt, die bisher nicht vorkommen. Gleichzeitig solle deutlich werden, welches Deformationspotential die Diktatur gehabt habe. Er betonte, dass es ein wichtiger Aspekt der Mahnmalsdiskussion sei, die Fragen zu wecken: „Wie konnte es dazu kommen?“ und „Was kann man machen, damit so etwas nicht wieder passiert?“

Bei der Veranstaltung wurde deutlich, dass die Gestaltung des geplanten Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Diktatur eine Reihe komplexer Fragen aufwirft. Dies betrifft vor allem zunächst die Personengruppe, derer dort erinnert werden soll, die Frage Denk- oder Mahnmals, dessen Widmung, Funktion und Standort sowie andere Punkte, die an diesem Abend noch nicht angesprochen werden konnten. Moderator Sven-Felix Kellerhoff resümierte, dass der Abend gezeigt habe, dass der Diskussionsprozess gerade erst begonnen hat. Ziel der Veranstaltung in der Bundesstiftung Aufarbeitung sei es gewesen, erste Anstöße und Impulse zu geben. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast unterstrich den Wert der aus der Debatte gewonnenen Anregungen und ermutigte die Initiatoren, weiterhin offen für Diskussionen zu bleiben.

Anja Schröter